

Stand: 08.02.2026 01:18:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17173

"Funktionsfähige staatliche Sozialverwaltung erhalten - Stellenabbau beim Zentrum Bayern Familie und Soziales stoppen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17173 vom 01.06.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19312 des SO vom 30.11.2017
3. Beschluss des Plenums 17/19689 vom 12.12.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 119 vom 12.12.2017



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Christine Kamm** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Funktionsfähige staatliche Sozialverwaltung erhalten – Stellenabbau beim Zentrum Bayern Familie und Soziales stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den weiteren Stellenabbau beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) umgehend zu stoppen. Wiederbesetzungssperren für freiwerdende Stellen sind aufzuheben und der Personalbestand ist so wiederherzustellen, dass die Funktionsfähigkeit der Sozialverwaltung gewährleistet ist. Für den Vollzug des Betreuungsgelds, die Umsetzung des neu eingeführten Teilblindengelds für hochgradig Sehbehinderte oder die Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises beim Landeserziehungsgeld, müssen bedarfsgerecht zusätzliche Personalkapazitäten bereitgestellt werden, so dass die einzelnen Aufgaben in ihrer Masse, Komplexität und örtlich flexibel bei Außenterminen so umgesetzt werden können, dass die Bürgerinnen und Bürger, für die das ZBFS zuständig ist, ihre Ansprüche, Rechte und ihren Beratungsbedarf zeitnah umsetzen können. Dies gilt auch für zu erwartende zusätzliche Aufgaben im Zuge der Einführung eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes.

Begründung:

Die Funktionsfähigkeit der staatlichen Sozialverwaltung ist dadurch definiert, dass Bürgerinnen und Bürger ihren Beratungsbedarf zeitnah, ortsnahe und inhaltlich ausreichend erhalten und ihre Anträge zeitnah und mit hoher Qualität bearbeitet werden. In Bayern hat das ZBFS in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Aufgaben hinzubekommen, deren Komplexität (Elterngeld) oder Masse (Betreuungsgeld) zu einer extrem hohen Arbeitsbelastung geführt haben. Der seit vielen Jahren umgesetzte regelmäßige Stellenabbau hat inzwischen dazu geführt, dass aus einer Priorisierung der Aufgaben faktisch in Teilbereichen eine Nichterfüllung von Aufgaben geworden ist, indem z. B.

Außensprechstunden wegfallen, die Bürgerinnen und Bürger Beratungen bei nicht zuständigen anderen Beratungsorganisationen (z. B. Schwangerschaftsberatungsorganisationen für eine Beratung zum Elterngeld) suchen, weil sie zeitnah keinen Termin beim ZBFS bekommen können.

In den vergangenen zehn Jahren wurden bereits im Zuge der Einsparverpflichtungen nach § 6b des Haushaltsgesetzes (HG) 381,5 Stellen beim ZBFS abgebaut. In den kommenden Jahren ist die Streichung von weiteren 158,5 Stellen vorgesehen. Bis zum Jahr 2022 sollen beim ZBFS insgesamt 540 Stellen abgebaut werden, das ist ein gutes Drittel des gesamten Personalbestands.

Angesichts dieser drastischen Personalkürzungen der vergangenen Jahre und der gleichzeitigen Zuweisung immer neuer zusätzlicher Aufgaben ohne ausreichende Personalzuweisungen ist das ZBFS deshalb nicht mehr in der Lage, seine gesetzlichen Pflichtaufgaben vollumfänglich zu erfüllen. Es wird davon ausgegangen, dass derzeit etwa 150 Stellen zu wenig besetzt sind und deshalb erhebliche Verzögerungen bei der Auszahlung des Elterngelds oder der Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen drohen. Weitere Leistungen wie Außensprechtag, Beratungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung im Sozialraum, wurden in den vergangenen Jahren ohnehin schon weitgehend eingeschränkt.

Für neue Aufgaben, wie den Vollzug des Betreuungsgeldgesetzes, wurden überhaupt keine zusätzlichen Stellen bewilligt. Der zusätzliche Personalbedarf durch die Einführung eines Teilblindengelds, für das etwa 8.500 zusätzliche Anträge erwartet werden, und die erwartete starke Ausweitung von 60.000 auf 90.000 Anträge auf Landeserziehungsgelds aufgrund der Anhebung der Einkommensgrenzen ab 2018 ist ebenfalls nicht durch zusätzliches Personal abgedeckt. Nachdem alle Rationalisierungsressourcen in Form von Aufgabenabbau, Rationalisierung der Arbeitsprozesse, Teilprivatisierung des ärztlichen Dienstes und Verbesserungen bei der Elektronischen Datenverarbeitung erschöpft sind, droht nun bei einem weiteren Stellenabbau der endgültige Kollaps der staatlichen Sozialverwaltung, insbesondere nachdem auch noch weitere zusätzliche Aufgaben zu erwarten sind, z. B. im Rahmen der Einführung eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes.

Der Personalnotstand beim ZBFS geht schon jetzt durch Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung und Einschränkungen beim Beratungsangebot voll zu Lasten der anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend,
Familie und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze,
Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/17173

Funktionsfähige staatliche Sozialverwaltung erhalten - Stellenabbau beim Zentrum Bayern Familie und Soziales stoppen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatter: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 7. November 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 174. Sitzung am 30. November 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Christine Kamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/17173, 17/19312

Funktionsfähige staatliche Sozialverwaltung erhalten – Stellenabbau beim Zentrum Bayern Familie und Soziales stoppen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Doris Rauscher

Abg. Kerstin Celina

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Hans Herold

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 4 und 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Stefan Schuster, Dr. Christoph Rabenstein u. a. (SPD)

Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drs. 17/17552)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Funktionsfähige staatliche Sozialverwaltung erhalten - Stellenabbau beim Zentrum Bayern Familie und Soziales stoppen (Drs. 17/17173)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Als erster Rednerin darf ich Frau Kollegin Rauscher für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag, den wir bereits in mehreren Fachausschüssen beraten haben, heute ins Plenum hochgezogen, weil er aus unserer Sicht von besonderer Bedeutung ist. Deswegen wünschen wir uns heute dazu noch einmal eine sachliche Debatte.

Es geht um die Personalsituation im Zentrum Bayern Familie und Soziales. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger kennen dieses Zentrum und hatten mit ihm auch schon zu tun. Dort gibt es Beratungsangebote für Familien, es gibt dort auch Beratung und Hilfe für die Antragstellung zum ElterngeldPlus sowie Entschädigungen für Gewaltopfer oder die Koordinierung der Trauma-Ambulanzen. Es ist also ein ganz breites Spektrum, das im Zentrum Bayern Familie und Soziales bearbeitet wird.

Dieses Leistungsspektrum umfasst insgesamt eine Palette von 120 Aufgaben. Es geht also um eine Behörde, die wirklich viel zu leisten hat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es sind dort viele Pflichtaufgaben, aber auch viele freiwillige Aufgaben zu erfüllen.

Zu den freiwilligen Aufgaben gehören unter anderem die Teilnahme an der Messe ConSozial oder auch die Öffentlichkeitsarbeit, alles Dinge, die eine Behörde zu leisten hat. Und dann gibt es noch Aufgaben, die nicht unter die Pflichtaufgaben fallen, weil gesetzlich verankert, sondern die wir übernehmen, weil wir uns hier im Lande auch für die Förderung beispielsweise ehrenamtlicher Projekte entschieden haben. Ich denke zum Beispiel an die Förderung wertvoller ehrenamtlicher Projekte für Menschen, die an Demenz erkrankt sind.

Aufgrund der Sparpolitik der CSU im Bayerischen Landtag wurde beschlossen, in diesem Zentrum 380 Stellen zu streichen. Bis 2020 sollen weitere 160 Stellen wegfallen. Wir sprechen hier von einem Volumen von insgesamt 540 Stellen, obwohl die Aufgaben des Zentrums Bayern Familie und Soziales weiterhin ausgebaut wurden. Das ist aus unserer Sicht katastrophal.

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen, das uns vom Präsidenten des Zentrums in einem kleinen Fachgespräch im Sozialausschuss dargelegt wurde. Wenn Selbsthilfegruppen einen Antrag stellen, dann warten sie derzeit zwei Jahre auf Bewilligung oder Ablehnung. Ehrenamtliches Engagement wird dabei nicht unbedingt gefördert. Zwei Jahre sind eine lange Zeit. Ich möchte nun den Mitarbeitern dort überhaupt keinen Vorwurf machen. Sie leisten mit Sicherheit, was sie können, und sind jeden Tag mit hohen Stapeln von Anträgen konfrontiert. Aber es hat nichts mehr mit Mitarbeiterfürsorge zu tun, wenn man gleichzeitig dann, wenn man Aufgabenbereiche ausbaut und die Aufgaben nicht weniger werden, Stellen in diesem unglaublichen Umfang streicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, wer heute einen Antrag stellt – unabhängig davon, in welcher Behörde –, hat das Recht, nicht zwei Jahre auf die Bearbeitung seines Antrags zu warten.

Ich muss nun feststellen, dass zumindest im Sozialausschuss – vielleicht auch im Haushaltsausschuss – dieses Thema sehr ernsthaft diskutiert wurde. Auch die CSU-Landtagsfraktion hat dieses Problem, das über das ganze Jahr in verschiedenen Gesprächen behandelt wurde, sehr ernsthaft diskutiert. Aber am Ende kam es zu keinem mehrheitlich gefassten Beschluss, dass man dieser Behörde ausreichend Personal zur Verfügung stellen wollte.

Das wundert mich umso mehr, als sogar Kollegen der CSU wie auch der Staatssekretär aus dem Sozialministerium geäußert haben, dass ein Abbau bei den Beratungsangeboten in diesem Zentrum für die Bürger keine gute Lösung darstelle und politisch auch nicht gewollt sei.

Ähnliche Aussagen kamen vom Kollegen Unterländer und auch – zumindest laut Protokoll – von Kollegin Heckner aus dem Haushaltsausschuss. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass der Artikel 6b des Haushaltsgesetzes nicht so starr und unflexibel vollzogen werden müsse, wie es sich anhöre.

Die 25 Stellen, die jetzt im Nachtragshaushalt eingestellt sind, reichen bei Weitem nicht aus, um all den Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben in dieser Behörde nachzukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, dieses Problem wirklich ernst zu nehmen und den Antrag nicht vom Tisch zu fegen. Ich bitte Sie, auch von Ihrer Seite im Nachtragshaushalt ein deutliches Signal zu geben. Die Aufgabenfelder sind so wichtig. An dieser Behörde hängen so viele Männer, Frauen und Familien in Bayern. Darüber können wir nicht einfach weggehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben erst vor Kurzem wieder einmal über Inklusion hier im Hohen Haus diskutiert. Gerade für Menschen mit Behinderung, deren Ansprüche unter die Pflichtaufgaben der Behörde fallen, sind Wartezeiten einfach nicht zu tolerieren. Ich bitte Sie, Ihr Votum aus den Fachausschüssen noch einmal zu überdenken und heute für die Aufhebung der Stellenstreichung in diesem Zentrum zu stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Celina das Wort. Bitte sehr.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Debatten über Leistungen für Menschen mit Behinderung und über Leistungen für unsere Jüngsten und Ältesten höre ich immer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich eine Gesellschaft daran misst, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Das sind schöne Worte. Die Menschen, die die Leistungen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales beantragen, gehören oft zu den Schwächeren in der Gesellschaft.

Die Beratung, die das ZBFS in vielen Bereichen übernimmt, die fachlichen Stellungnahmen, die Bearbeitung der Anträge, all das erfordert Sorgfalt, Kenntnisse und Einfühlungsvermögen bei den Mitarbeitern. Die Bearbeitung der großen Menge der Anträge erfordert sehr viel Zeit und sehr viele Arbeitsstunden. Beratungen und Antragsbearbeitungen für das Betreuungsgeld, für ElterngeldPlus, für Teilblindengeld fallen in deren Aufgabenbereich. Aber auch die Ausweitung des bezugsberechtigten Kreises für das Landeserziehungsgeld bedeutet zusätzliche Aufgaben, die die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ZBFS abarbeiten müssen.

Dazu stehen ihnen aber die notwendigen Arbeitsstunden nicht zur Verfügung. Sie stehen ihnen nicht mehr zur Verfügung, weil Sie ihnen nach Artikel 6b des Haushaltsgesetzes seit dem Jahr 2005 Stellen entziehen. Es werden insgesamt 540 Stellen eingespart werden.

Wir sind jetzt bei eingesparten 381 Stellen. Das sind bei etwa 220 Arbeitstagen im Jahr knapp 85.000 Arbeitstage, die hier jährlich eingespart werden, und es sind 678.000 Arbeitsstunden, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, den Mitarbeitern des ZBFS nicht mehr zur Verfügung stellen, um Anliegen der Bürger zu bearbeiten und um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Erklären Sie doch einmal den Schwächeren in unserer Gesellschaft, also genau denjenigen, denen Sie in unserem ach so sozialen Bayern immer wieder Leistungen versprechen, warum Sie den Mitarbeitern des ZBFS so viele Stunden jährlich geklaut haben, die sie brauchen, um die Bürger zu beraten und deren Anträge zu bearbeiten.

Sie haben doch das Christliche in Ihrem Parteinamen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Heißt das etwa, dass Sie den völlig überlasteten Mitarbeitern des ZBFS zumuten, dass sie ihre Arbeit für Gotteslohn tun, für ein warmes Dankeschön, Überstunden machen, um überhaupt über die Runden zu kommen und den Aufgaben einigermaßen hinterherhecheln zu können, oder nehmen Sie in Kauf, dass immer mehr Mitarbeiter Gefahr laufen, vor Stress krank zu werden, oder erwarten Sie von den Bürgerinnen und Bürgern, denen finanzielle Leistungen zustehen, dass sie klein begeben und die ihnen zustehende Leistung gar nicht erst beantragen, weil es Wochen dauert, bis eine Beratung stattfinden kann, noch dazu vielleicht weit entfernt von ihrem Wohnort? Beratung durch den Staat ist weniger eine Holschuld der Bürger, sondern vor allem eine Bringschuld des Staates.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim ZBFS können Sie sich weder auf kommunale noch auf bundespolitische Zuständigkeiten herausreden. Das ist Ihr CSU-Ding, Ihre CSU-Zuständigkeit, Ihre CSU-Verantwortung oder – besser gesagt – Ihre CSU-Verantwortungslosigkeit.

Geben Sie endlich Ihren Widerstand auf, und heben Sie die Wiederbesetzungssperre für frei werdende Stellen auf! Geben Sie endlich Ihren Widerstand auf, und statten Sie das Zentrum Bayern Familie und Soziales mit einer adäquaten Personalausstattung

aus. Die zusätzlichen 25 Stellen kommen beim bisher angestauten Personalmangel doch gar nicht an. Der größte Teil verteilt sich doch auf die neuen Aufgaben Teilblindengeld und PsychKHG. Allein für das Teilblindengeld sind übrigens rund 8.500 zusätzliche Anträge zu erwarten, und beim Landeserziehungsgeld wird es im nächsten Jahr 60.000 bis 90.000 zusätzliche Anträge geben. Wie wollen Sie das denn zeitnah abarbeiten? Das wird für die Bürger und die Mitarbeiter gleichermaßen unbefriedigend. Das akzeptieren Sie sehenden Auges. Ich frage mich, wieso Ihnen dieser Bereich so viel weniger wichtig sein kann als andere Bereiche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht liegt das daran, dass es sich hier um die stillen Menschen handelt, um die, die nicht aufmucken, die sich nicht zusammenschließen und die nicht demonstrieren. Anders kann ich mir das nicht erklären.

Es hat erst eine GRÜNEN-Initiative gebraucht, um dieses Thema auf die Tagesordnung des Landtags zu setzen. Die Lösung, die Sie jetzt anbieten, ist keine Lösung. Eine Lösung erfordert die Aussetzung des Artikels 6b des Haushaltsgesetzes, die Aussetzung der Einsparung der nächsten 160 Stellen oder wenigstens den Beschluss, dass Sie, verehrte Abgeordnete, hier tätig werden wollen. Beides ist im Ausschuss leider nicht geschehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich, Frau Kollegin Celina, zurückweisen, dass Sie uns gewissermaßen Verantwortungslosigkeit vorgeworfen haben. Ich will auch deutlich hervorheben, dass über diesen Bereich, über den im Mo-

ment diskutiert wird, von uns sehr, sehr verantwortungsvoll diskutiert wird und er uns auch sehr, sehr wichtig ist.

Ich möchte aber gleich zu Beginn zu Artikel 6b des Haushaltsgesetzes ein generelles Wort sagen. Ich weise darauf hin, dass wir an diesem Artikel 6b weiterhin festhalten werden, auch aufgrund unserer staatspolitischen Verantwortung. Als Mitglied des Haushaltsausschusses weiß ich natürlich auch, dass dieses Thema immer wieder diskutiert wird und die Opposition natürlich immer wieder versucht, in allen möglichen Bereichen immer mehr Stellen zu bekommen, was letztendlich nicht möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage aber auch, dass wir aufgrund bestimmter politischer Herausforderungen Artikel 6b natürlich nicht starr anwenden und auf besondere politische Ereignisse immer wieder in gewisser Weise reagieren. Ich glaube, das kann man für die letzten Jahre sehr deutlich belegen, insbesondere auch mit dem Doppelhaushalt 2017/2018, in dem wir immerhin 5.700 neue Stellen geschaffen haben, oder auch mit dem Nachtragshaushalt 2016, in dem wir 6.100 neue Stellen geschaffen haben. Sie wissen natürlich auch, dass wir in bestimmten Bereichen Schwerpunkte gesetzt haben, und zwar bedingt durch die großen Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit, im Bereich der Integration, im Bereich der Bildung und natürlich auch im Bereich der Behördenverlagerung, Stichwort: Stärkung des ländlichen Raums.

Erlauben Sie mir, insbesondere ein Wort zum Zentrum Bayern Familie und Soziales zu sagen. Ich meine – und da sind wir uns alle einig –, dass hier eine ganz, ganz wichtige Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern geleistet wird, wie die beiden Kolleginnen, Frau Rauscher und Frau Celina, richtigerweise erwähnt haben, insbesondere im Bereich der Familien. Deswegen mein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine sehr, sehr gute Arbeit leisten. Sie haben ein großes Leistungsspektrum zu bewältigen. Dafür gilt ihnen die ganz besondere Anerkennung gerade auch der Mehrheitsfraktion. Herzlichen Dank dafür!

Diese große Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich auch in meinem Statement in der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen am 11. Oktober 2017 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Gerade bei dieser Thematik diskutieren wir gemeinsam immer wieder sehr verantwortungsvoll. Ich kenne diese Behörde persönlich recht gut, weil ich mir bereits des Öfteren vor Ort, zum Beispiel in Nürnberg, ein Bild gemacht habe und auch schon des Öfteren Gespräche geführt habe, insbesondere mit der Leitung des ZBFS.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig – das kann ich nur unterstreichen –, dass auf das ZBFS immer wieder neue Aufgaben übertragen wurden, zum Beispiel das Landesbetreuungsgeld, das ElterngeldPlus, das Teilblindengeld oder auch unterschiedliche Förderprogramme. Deswegen noch einmal mein Hinweis auf die große Wertschätzung meiner Fraktion für die äußerst gute Arbeit, die am Zentrum Bayern Familie und Soziales nach wie vor geleistet wird.

Es ist aber auch richtig – das haben Sie soeben in Ihren Reden bedauerlicherweise nicht erwähnt –, dass aufgrund der neuen Herausforderungen neue Stellen geschaffen wurden. Zum Beispiel wurden – ich habe es vorhin schon erwähnt – im Doppelhaushalt 2015/2016 zehn neue Stellen für das Amt für Maßregelvollzug geschaffen. Im Doppelhaushalt 2017/2018 kamen fünf neue Stellen für das Amt für Maßregelvollzug und 16 neue Stellen für das Integrationsamt und für die IT-Sicherheit hinzu. Sie wissen wahrscheinlich auch – davon gehe ich aus; es ist auch erwähnt worden, allerdings mit einer falschen Zahl, Frau Kollegin Celina –, dass im Nachtragshaushalt 2018 insgesamt 27,5, nicht 25,5 weitere neue Stellen für das ZBFS vorgesehen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich haben wir als Mehrheitsfraktion und die Staatsregierung eine große Verantwortung, das Gesamte im Blickfeld zu haben. Deswegen werden aufgrund von bestimmten Herausforderungen immer wieder gewisse Schwerpunkte hervorgehoben. Ich habe vorhin schon erwähnt, was wir zum Beispiel im Nachtragshaushalt oder auch im Doppelhaushalt 2017/2018 gemacht haben. Ich sage aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir weiterhin ent-

sprechende Stellen vorsehen müssen, insbesondere aufgrund unserer Situation, beispielsweise beim Bildungspaket, worüber wir letzte Woche sehr ausführlich diskutiert haben. Ich bin sehr froh, dass wir neben den Gymnasien und den anderen Schulen gerade die Förderschulen angemessen bedenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein moderater – ich betone ausdrücklich: ein moderater – Stellenabbau ist aus Haushaltssicht – das sage ich auch als Haushaltspolitiker – notwendig, um die ansteigenden Personalausgaben abzufedern und um einer ungebremsen Steigerung des Personalbestandes entgegenzuwirken. Dies bedeutet aber nicht – lassen Sie mich dies ausdrücklich erwähnen –, dass der Stellenabbau starr und unflexibel vollzogen werden muss und eine Anpassung an aktuelle Herausforderungen ausgeschlossen ist. Deswegen noch einmal mein Hinweis, dass wir die Situation erkannt haben und deswegen auch im Nachtragshaushalt 2018 entsprechende Stellen vorgesehen haben. Das kann auch Kollege Unterländer, der sich immer sehr stark dafür einsetzt – das muss man einfach einmal anerkennen –, bestätigen. Ich habe schon bei meinem Statement im Haushaltsausschuss gesagt, dass wir beim Doppelhaushalt 2019/2020 noch einmal darüber nachdenken müssen, welche Möglichkeiten in diesem Bereich letztendlich bestehen.

Ansonsten noch einmal mein Hinweis: Wir können den Artikel 6b nicht abschaffen und auch nicht auflösen. Deswegen beantrage ich die Ablehnung der beiden Anträge der SPD und der GRÜNEN, sage aber auch, dass wir uns beim Doppelhaushalt 2019/2020 in Bezug auf die Stellensituation wieder Gedanken machen werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Herr Herold. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst Frau Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, woran machen Sie denn die, wie Sie sagten, ernsthaften Diskussionen im Ausschuss fest? – Machen Sie sie an

dem warmen Dankeschön fest, das Sie den Mitarbeitern auf den Weg gegeben haben? Oder ist es vielleicht doch so, dass Sie in den letzten Jahren schon 380 Stellen gestrichen haben und noch weitere 145 Stellen gestrichen werden? Außerdem wird eine immense Aufgabenfülle dazukommen. 60.000 bis 90.000 Haushalte werden im nächsten Jahr zusätzlich Landeserziehungsgeld beziehen. 8.500 Menschen bekommen das zusätzliche Teilblindengeld – wenn sie es denn zeitnah bekommen. Für alle diese zusätzlichen Aufgaben gewähren Sie 27,5 zusätzliche Stellen und danken gleichzeitig den Mitarbeitern. 380 Stellen sind weggefallen, und 145 Stellen werden noch wegfallen. Was ist denn das für ein Dank?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hans Herold (CSU): Frau Celina, natürlich ist es Ihre Aufgabe als Opposition, immer mehr zu fordern. Wir haben das ja schon heute Nachmittag gehört: Alles ist schlecht im Freistaat Bayern. Wir brauchen überall mehr. – Als Mehrheitsfraktion haben wir eine Gesamtverantwortung. Deswegen wurde der Artikel 6b eingeführt. Wir benötigen Spielräume, zum Beispiel für Investitionen, Bildung etc. Wir haben natürlich auch erkannt, dass gewisse Nachbesserungen notwendig sind.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Ja, genau!)

– Ich habe die entsprechenden Punkte gerade erwähnt. Sie müssen vielleicht etwas besser aufpassen. Wir haben im Nachtragshaushalt 2018 Stellen vorgesehen. Im Rahmen des Doppelhaushalts 2019/2020 werden wir über dieses Thema erneut befinden. Ich sage aber noch einmal: Diese Maßnahmen betreffen nicht nur diese Behörde, die eine sehr gute Arbeit leistet. Sie betreffen vielmehr alle Häuser des Freistaates Bayern. Wir werden den Artikel 6b weiterhin aufrechterhalten müssen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Eine weitere Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Herr Herold, Sie sprechen von einem "moderaten Stellenabbau". Das müssen Sie noch einmal erklären. Sie bauen 25 Stellen auf – –

Hans Herold (CSU): 27,5.

Doris Rauscher (SPD): Sie bauen 27 Stellen auf, bauen aber 500 Stellen ab. Erklären Sie mir bitte, was daran moderat ist und wie diese Behörde diese Kluft schließen soll, damit sie ihren Aufgaben vollumfänglich nachkommen kann. Ich verstehe das nicht.

Sie haben gerade suggeriert, dass wir von der Opposition mit unseren Forderungen Geld hinausschmeißen wollten. Ich möchte Ihnen entgegenhalten, dass Sie nicht erkannt haben, um welche zentralen Themen es hier geht. Ich halte Ihren Vorwurf nicht für gerechtfertigt. Ich halte es für zynisch, dass Sie bei einem Abbau von 500 Stellen von einem "moderaten Stellenabbau" sprechen.

Es mag sein, dass sich Herr Kollege Unterländer beim Herrn Finanzminister nicht leichttut, für sein Ressort Geld locker zu machen. Wenn ich mir aber vorstelle, dass der jetzige Finanzminister auch noch Ministerpräsident dieses Landes werden soll, dann läuft es mir kalt den Rücken hinunter. Bei den sozialen Themen wird es dann nur noch mit harter Hand zugehen. Das hat nichts mit einem wohlwollenden Erkennen sozialpolitischer Erfordernisse zu tun.

(Beifall bei der SPD – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): So ein Schmarrn!)

Hans Herold (CSU): Frau Rauscher, ich kann Ihnen hier und heute versichern, dass der jetzige bayerische Finanzminister in seiner neuen Funktion weiterhin eine sehr gute Arbeit leisten wird. Das gilt auch für den sozialen Bereich. Ich möchte das ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß, dass Sie das nicht gern hören, aber es wird so sein. Ich habe nicht gesagt, dass Sie das Geld hinausschmeißen wollten. Ich habe vielmehr gesagt, dass ich Verständnis dafür habe, dass die Opposition immer mehr Stellen für alle Bereiche verlangt. Das gilt nicht nur für das ZBFS, sondern für alle Bereiche und alle Häuser. Ich könnte Ihnen die ständigen Forderungen nach immer mehr Geld nennen. Das geht halt nicht.

Ich habe den Begriff "moderat" nicht konkret auf den Stellenabbau beim ZBFS bezogen, sondern auf den generellen Vollzug des Artikels 6b in allen Häusern. Die genannten 500 Stellen werden nicht von heute auf morgen abgebaut, sondern im Rahmen eines laufenden Prozesses.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir im Nachtragshaushalt neue Stellen vorgesehen haben. Wir werden über dieses Thema im Rahmen der Beratungen über den Doppelhaushalt 2019/2020 sehr verantwortlich diskutieren. Ich sage noch einmal ein Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eine hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Die freuen sich alle, weil sie Überstunden machen müssen! Das ist ein Riesenproblem, das wir zur Kenntnis nehmen müssen! Reden Sie einmal mit den Leuten, was die Ihnen sagen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich Herrn Kollegen Pohl zum Rednerpult.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Herold, ich schätze Sie als einen besonnenen, sachlichen und realistischen Politiker. Umso erstaunter bin ich, dass Sie uns heute ein derartiges Weihnachtsmärchen auftischen, nämlich ein recht makabres Weihnachtsmärchen. Ich wollte Sie gegen den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit in Schutz nehmen. Dann haben Sie aber selbst gesagt: Wir von der Mehrheitsfraktion haben die Gesamtverantwortung.

(Hans Herold (CSU): Natürlich! Aber ja!)

Sehr geehrter Herr Kollege Herold, was werden Sie dann im Herbst nächsten Jahres tun, wenn die CSU nicht mehr die Mehrheitsfraktion ist? – Handeln Sie dann verantwortungslos?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans Herold (CSU): Sie werden sich wundern!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist gefährlich. Ich glaube, wir sollten uns wechselseitig keine Verantwortungslosigkeit unterstellen, sondern anerkennen, dass wir vielleicht mit unterschiedlichen Sichtweisen, aber doch tatsächlich das Beste für die Menschen im Freistaat Bayern wollen.

Sie haben den Artikel 6b des Haushaltsgesetzes verteidigt, und zwar in einer Form von Nibelungentreue. Man will eben dem verdienten ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, dem man einen grausigen Abgang bereitet hat, nicht Jahre später noch Steine hinterherwerfen. Aber eines ist klar: Der Artikel 6b des Haushaltsgesetzes war mit Sicherheit kein Glanzstück gesetzgeberischer Kreativität.

(Hans Herold (CSU): Aber notwendig!)

– Er ist überhaupt nicht notwendig. Er ist unsinnig. Dieser Artikel ist ein unsinniges Relikt der Stoiber-Ära; denn zunächst muss eine Aufgabenkritik erfolgen. Danach kann man ermessen, ob Stellen abgebaut oder aufgebaut werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Herold, ich bin völlig einer Meinung mit Ihnen, dass die Einstellung von immer mehr Personal keine Pauschallösung für Probleme darstellt. Hier geht es aber nicht um mehr Personal. Deshalb habe ich von einem Weihnachtsmärchen gesprochen. Hier geht es um einen massiven Personalabbau.

Meine Damen und Herren, ich möchte einmal feststellen, dass Bayerns Bevölkerung in den letzten zehn Jahren von 12 Millionen Menschen auf inzwischen 13 Millionen Menschen gewachsen ist. Wir haben fast 10 % mehr Einwohner; allein daraus erwachsen schon Mehraufgaben. Angesichts dessen, was dieses Zentrum Bayern Familie und Soziales im Vergleich zu früher mehr leisten muss, ist es nicht zu rechtfertigen und auch nicht zu verstehen, dass an dieser Stelle massiv personell eingegriffen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir haben über das Betreuungsgeld emotionale Debatten rauf und runter geführt. Für die Bearbeitung des Elterngeldes, des Landeserziehungsgeldes und des Betreuungsgeldes fehlen 18 % der Stellen. Wollen Sie denn das, was Sie aus Ihrer Sicht mit der rechten Hand segnend aufgebaut haben, mit der linken Hand über die Personalknappheit wieder einreißen? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch ein schlechter Witz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Herold, Sie haben einen Dank ausgesprochen. Das ist ja schön, aber dieser Dank bedeutet keine Anerkennung.

(Hans Herold (CSU): Doch!)

Anerkennung heißt nämlich, die Nöte der Betroffenen ernst zu nehmen, ihnen zuzuhören und zu akzeptieren, dass diese Behörde bei einem solchen Personalabbau nicht leistungs- und lebensfähig sein kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sein, dass wir der Behörde, dem Zentrum Bayern Familie und Soziales, die Beine wegschlagen, sodass sie nicht mehr ordentlich arbeiten kann. Wir müssen verhindern, dass ein verhängnisvoller Fehler begangen wird. Ich bitte Sie: Stimmen Sie den Anträgen der SPD und der GRÜNEN zu. Auch wir haben einen gleichlautenden Antrag gestellt, den wir heute aber nicht hochgezogen haben. Stimmen Sie diesen Anträgen zu. Es wäre dringend notwendig für die Zukunft des Zentrums Bayern Familie und Soziales.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch mal ganz kurz: Der Artikel 6b des Haushaltsgesetzes bedeutet einen pauschalen Stellenabbau.

(Tobias Reiß (CSU): Nein!)

Er sieht vor, in den einzelnen Behörden Stellen abzubauen. Dass dies nicht sinnvoll ist, zeigt ein alljährliches Schreiben aus dem Finanzministerium. In dem Schreiben steht jedes Mal, was der Wunsch ist, was das Ziel nach dem Artikel 6b war und was letztendlich eingezogen werden kann, und das alle Jahre wiederkehrend. Das hat sogar der Finanzminister Dr. Söder erkannt. Er ist zum Beamtenbund gerannt und hat gesagt: Liebe Beamtinnen und Beamten, der Artikel 6b wird gestrichen. Es wird ihn nicht mehr geben, weil er so unsinnig ist. – Leider, in diesem Punkt leider, hat sich der Finanzminister nicht durchgesetzt, sondern das Versprechen ist wieder einkassiert worden. Ein Beispiel: Wir hatten auch schon Jahre mit Hochwasser. Artikel 6b sieht einen Stellenabbau, einen Stelleneinzug vor, und gleichzeitig sind mehr Stellen ausgebracht worden, weil das Hochwasser es halt erfordert hat. Kurzum: Es ist unsinnig ohne Ende.

Jetzt sind wir ganz konkret beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. Wir haben es gerade schon gehört: Sie, sehr geehrte Staatsregierung, führen hier eine Leistung nach der anderen ein. Eine neue Leistung nach der anderen! Es gibt dann noch das Betreuungsgeld oben drauf. Gleichzeitig werden es in dem zuständigen Zentrum immer weniger Menschen. Von daher kann man nur sagen: Sinnvoll kann es nicht sein, und das geht auf Kosten der Beschäftigten dort. Ich finde, die Beamtinnen und Beamten in dem Zentrum haben Besseres verdient. Sehen Sie es endlich ein, und versprechen Sie nicht schon wieder den nächsten Doppelhaushalt, sondern schaffen

Sie den Artikel 6b einfach ab, so wie er ist, und zwar für alle Behörden, nicht nur für das Zentrum!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Die federführenden Ausschüsse für Staatshaushalt und Finanzfragen bzw. für Arbeit, Soziales, Jugend, Familie und Integration empfehlen beide Anträge zur Ablehnung. Ich lasse zunächst in einfacher Form

(Unruhe)

– ich bitte um etwas mehr Ruhe – über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – das ist die Drucksache 17/17173 – abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Claudia Stamm (fraktionslos). Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun rufe ich zur namentlichen Abstimmung den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/17552 auf und eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 16.24 bis 16.29 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bezüglich des Antrags – –

(Allgemeine Unruhe)

– Ich bitte doch um etwas Ruhe! – Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bezüglich des Antrags der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Ste-

fan Schuster und Fraktion (SPD) betreffend "Zukunftsprogramm Westmittelfranken", Drucksache 17/16204, bekannt: Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt; Stimmenthaltungen: 15. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Stefan Schuster, Dr. Christoph Rabenstein und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018", Drucksache 17/17552, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 65, mit Nein haben gestimmt 83. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.12.2017 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Stefan Schuster, Dr. Christoph Rabenstein u. a. SPD; Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drucksache 17/17552)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	65	83	0